Die abendländische Perspektive — Maßstab oder Variante der Weltgeschichte

INGEBORG Y. WENDT

»Die eben erst emanzipierten Völker bilden heute nicht nur die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft, sie fordern auch den ihnen zustehenden Platz und wünschen als gleichberechtigt behandelt zu werden. Mehr und mehr wird ihnen der ›West-Zentrismus‹ unerträglich, der in ihren Augen Unverständnis und Vorurteile hervorruft.« So Kurt Waldheim[1]*. Nach Beispielen für die unreflektierte Anwendung westlicher Kategorien braucht man nicht lange zu suchen: erinnert sei nur an die angebliche Rückkehr ins ›Mittelalter‹ (schon dies ein okzidentaler Begriff), die weithin als das greifbare Ergebnis der iranischen Revolution ausgemacht wurde. Bessere Kenntnis ›außereuropäischer‹ Gesellschaften hätte es vielleicht ermöglicht, die dortige Rückbesinnung auf die (ohne Zweifel bedrohte) eigene, eigenständige Kultur angemessener zu beurteilen; ein derart fundiertes Urteil müßte deswegen noch nicht unkritisch sein oder gar die Billigung neuerlicher Menschenrechtsverletzungen beinhalten.*

Die politische Unabhängigkeit haben die ›nicht-westlichen‹ Völker mittlerweile weitgehend erreicht; das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit ist, wie der Beitrag Karl P. Sauvants in diesem Heft aufzeigt, zu einem Hauptanliegen der Mehrheit der Staaten in der Weltorganisation geworden; das wachsende Selbstbewußtsein auch im kulturellen Bereich, die Kritik etwa an der Beherrschung des Weltmeinungsmarktes durch wenige Agenturen und generell an den Medien des ›Nordens‹[2]*, ist mittlerweile ebenfalls auf die internationale Tagesordnung gelangt.*

Unser Wissen

Im Herbst 1977 berichtete die Presse über die ›Internationale Konferenz über die Diskriminierung der eingeborenen Bevölkerung Amerikas‹ in Genf und zitierte einige prinzipielle Äußerungen indianischer Vertreter. Der Kapitalismus komme als wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationsform für die nord- und südamerikanischen Indianer nicht in Frage, wurde von ihnen gesagt; gleichzeitig wurde aber auch der Marxismus-Leninismus als zukünftige Basis der Entwicklung abgelehnt. Die Indianer wollten »weder die Bibel noch ›Das Kapital‹«.

Für viele Europäer wird dies eine rätselhafte Erklärung gewesen sein. Welche Alternativen gibt es denn zu diesen zwei beherrschenden Weltanschauungen, Christentum und Marxismus, und den Gesellschaftsformen, die man zu Recht oder zu Unrecht als ihnen zugehörig betrachtet? Bevor diese Frage beantwortet werden könnte, müßte eine andere geklärt werden, nämlich: Was wissen wir Europäer von der Gegenwart und Vergangenheit ›nicht-westlicher‹ Völker, von Kulturen außerhalb der eigenen abendländischen (und damit von den Alternativen, die sie anzubieten haben)?

Formal und auf den ersten Blick ist die Antwort darauf nicht allzu schwer. An unseren Universitäten wird Japanologie und Indologie, Afrikanistik und Orientalistik gelehrt, teilweise auch Völkerpsychologie oder Ethnologie. Außerdem berichten zahlreiche Journalisten in Presse, Rundfunk und Fernsehen aus allen Ländern. Demnach kennen wir die Welt. Der zweite Blick jedoch, der ins einzelne geht und die Inhalte berücksichtigt, weckt Zweifel am bisherigen Stand unserer Informiertheit.

Erstens ziehen akademische Disziplinen wie die genannten weit weniger Studenten an als solche, die sich mit westlichen Traditionen befassen (Germanistik, Anglistik, Romanistik). Zweitens wird nur ein Bruchteil ihrer Ergebnisse von Nachbardisziplinen aufgenommen. In einer fünfhundertseitigen Einführung in die Geschichte der Philosophie beispielsweise sind bestenfalls fünfzig Seiten ›außerabendländischen‹ Gedankengebäuden gewidmet, und noch heute wird von ›Weltgeschichte‹ gesprochen, wenn nur die zweitausendjährige Geschichte des Abendlandes gemeint ist. Kenntnisse über die ›nicht-westliche‹ Welt, die einen weit größeren Teil der Erdoberfläche bedeckt als Europa und Nordamerika, deren Kultur teilweise älter ist als die des Abendlandes, bleiben also im wesentlichen in einem kleinen Kreis von Fachleuten.

Und nicht nur hinsichtlich ihrer Verbreitung ist die gelehrte Kenntnis über den ›Nicht-Westen‹ problematisch. Jene akademischen Disziplinen haben sich bis vor kurzem ausschließlich mit alten Kulturen befaßt, mit Religion, Philosophie und Kunst, nicht mit der jüngeren Geschichte und der Gegenwart ›nicht-westlicher‹ Länder, ihrer Wirtschaftsentwicklung und Politik. Die Gelehrten konnten etwa Sanskrittexte lesen oder Konfuzius im Original studieren, sich aber nicht mit Indern in den Straßen von Alt-Delhi unterhalten oder chinesische Tageszeitungen lesen. Gegenwartsbezogene Fragestellungen haben schließlich auch in die empirischen Studien von Kulturanthropologie oder Ethnologie erst zögernd Eingang gefunden.

Die Mehrzahl der Bürger verdankt ihre Kenntnis von der Aktualität des ›außereuropäischen‹ Auslandes nicht den Wissenschaften, sondern dem weitverzweigten Apparat journalistischer Berichterstattung. Ihre Grenzen liegen in den an die Berichterstatter gestellten Forderungen und in der Zielrichtung, die die Presse als Informationsorgan hat. Den ersten Platz nehmen dort Politik und Wirtschaft ein. Der kulturelle und historische Hintergrund eines Landes wird bis zu einem gewissen Grade durch vereinzelte Beiträge von Wissenschaftlern und durch Schilderungen von Erlebnissen und Beobachtungen der Journalisten berücksichtigt, oft aber nicht als Grundlage und Voraussetzung zum Verständnis der aktuellen Ereignisse, sondern nur nebenher und mehr als Kuriosum. Kuriose Elemente entstehen in der Berichterstattung zu einem großen Teil unfreiwillig. Trotz des modernen Bekenntnisses zu Rationalität und Wissenschaftlichkeit gehören weder geschichtliche und kulturelle Kenntnisse über die Region, in der ein westlicher Journalist stationiert ist, noch die Beherrschung einer der dortigen Landessprachen zu den unabdingbaren Voraussetzungen des Berufs des Auslandskorrespondenten. In der Regel lebt der Journalist deshalb als ein Fremder im Gastland: er verkehrt mit anderen westlichen Ausländern und mit einigen Einheimischen, die eine westliche Sprache beherrschen, und lebt soweit irgend möglich im westlichen Lebensstil. Was er aus dieser Perspektive, die kaum sachlicher fundiert ist als die eines internationalen Gruppentouristen, wahrnimmt, andersartige Lebensgewohnheiten etwa, erscheint ihm zwangsläufig mehr oder weniger ›kurios‹. Politik und Wirtschaft werden daneben einfach nach westlichen Gesichtspunkten interpretiert, herausgelöst aus den spezifischen kulturellen und historischen Zusammenhängen, in denen das betreffende ›nicht-westliche‹ Land steht. Die Presse verfährt somit umgekehrt einseitig wie die einschlägigen Fachwissenschaften, und da sie in die Breite wirkt, ist ihre Einseitigkeit schwerwiegender. Die widersprüchlichen westlichen Vorstellungen über ›nicht-westliche‹ Völker — sie sind exotisch bunt, aber arm und primitiv; sie besitzen religiös-philosophische Weisheit, aber sie sind analphabetisch; sogar noch die Japaner haben eine alte hohe Kultur, aber imitieren nur, sind höflich und grausam (= undurchsichtig) — sind ein Gradmesser für den Stand westlicher Informiertheit.

Die Kluft zwischen diffusem aktualitätsbezogenem Allgemeinwissen und gelehrter Altertumskenntnis zu schließen könnten die breiten akademischen Disziplinen Soziologie und Politologie geeignet sein. Aus ihrem Bereich kommt seit etwa zehn Jahren eine wachsende Zahl von Veröffentlichungen über Länder der Dritten Welt. Da aber auch sie häufig keine länderspezifischen Vorkenntnisse besitzen, erfassen sie, mit den hochspezifischen kulturindividuellen Kategorien der abendländischen Moderne, in vielen Fällen nur die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Struktur jener Länder, nicht deren historisch-kulturellen Hintergrund, m. a. W. nicht deren psychologische Voraussetzungen. Noch also sind wir faktisch wenig informiert über die Welt, und an der Stelle von Wissen und Verständnis stehen oft Vorurteile.

Vor- und Fehlurteile

Eine der falschen Vorstellungen, die von den Sozialwissenschaften bisher nicht korrigiert, sondern eher untermauert worden sind, bezieht sich auf die Weltbevölkerungsverhältnisse.

Für die Auseinandersetzung zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern hat sich der Begriff ›Nord-Süd-Konflikt‹ eingebürgert, weil die Industrienationen auf der nördlichen, einige der Entwicklungsländer auf der südlichen Halbkugel (viele von ihnen zwar noch nördlich, aber in der Nähe des Äquators) liegen. Man begann dann, ›Norden‹ und ›Süden‹ symbolisch zu verwenden, und allmählich sind diese Bezeichnungen von geographischen in wirtschaftspolitische Begriffe verwandelt worden. Wenn heute in den mit internationalen Wirtschaftsfragen befaßten Kreisen und überhaupt in der Öffentlichkeit des Westens vom ›Süden‹ gesprochen wird, so ist damit nicht mehr die südliche Halbkugel, nicht einmal unbedingt der Süden der nördlichen gemeint, sondern alle Entwicklungsländer, gleichgültig in welchen Breitengraden sie liegen.

Solange man sich dessen bewußt bleibt, daß ›Norden‹ und ›Süden‹ im aktuellen Sprachgebrauch symbolische, wirtschaftspolitische Begriffe sind, ist an dieser Begriffsverwendung nichts auszusetzen. Problematisch wird es jedoch, wenn, wie es tatsächlich in zunehmendem Maße (etwa bei graphischen Darstellungen) geschieht, die wirtschaftspolitische Betrachtungsweise auf die geographische Realität projiziert und dabei vergessen wird, daß es sich um eine symbolische, wissenschaftstheoretische, nicht um die realgeographische Perspektive handelt; das im Westen verbreitete Fehlurteil von der Überbevölkerung in den Entwicklungsländern hat vielleicht auch in diesem Perspektiv-Kurzschluß seinen Ursprung: Unterteilt man die Erdkugel nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten in ›Norden‹ und ›Süden‹, verläuft die nordsüdliche Mitte, der Äquator, nicht gemäß der geographischen Realität in Afrika durch das nördliche Drittel von Gabun, in Asien weit südlich von Indien und Sri Lanka im Indischen Ozean und weiter östlich durch Indonesien, sondern ganz Afrika und der ganze südliche Teil Asiens, sogar einschließlich Chinas im Osten und der Türkei im Westen, werden in die südliche Halbkugel hineingepreßt, so daß die Fläche des ›Südens‹ künstlich geschrumpft wird. Entsprechend erweitert wird die Fläche des ›Nordens‹, zu dem nur die wenigen Industrieländer der Welt gehören. Korreliert man nun die Weltbevölkerungszahlen mit diesem künstlich geschrumpften ›Süden‹ und dem künstlich erweiterten ›Norden‹, dann entsteht das Bild einer ungeheuren Zusammenballung von Menschen auf relativ engem Raum im derart definierten ›Süden‹, denn dort leben annähernd drei Viertel der Menschheit, im scheinbar gleich großen industrialisierten ›Norden‹ dagegen, in dem außerdem noch die dünn besiedelten Weiten des östlichen Teils der Sowjetunion liegen, nur gut ein Viertel.

Trotz Verwendung weltweiter Daten und moderner Methoden in der Wissenschaft bleibt die westliche Vorstellung von der Welt also die alte: früher wurden bei Darstellungen der gesamten zusammenhängenden Landfläche Europas und Asiens auf einer Seite für die beiden Erdteile unterschiedliche Maßstäbe verwendet, so daß Asien lediglich wie ein kleines Anhängsel von Europa aussah. Nur wenige Europäer sind sich darüber im klaren, daß Japan von Indien so weit entfernt ist wie Indien von Westeuropa, und dazu kommt jetzt, das Fehlurteil noch erschwerend, die Vorstellung, daß der flächenmäßig vermeintlich kleine ›nicht-westliche‹ bzw. ›nicht-nördliche‹ Rest der Welt überbevölkert sei.

Eine verzerrte Sicht der ›nicht-europäischen‹Welt hat freilich Tradition. Unser geographisches Weltbild war und ist europa-zentrisch. Die auf den deutschen Geographen Kremer zurückgehende übliche Weltkarte gibt nicht die wirklichen Proportionen der Länder und Kontinente wieder. Diese winkeltreue Mercator-Projektion, von höchstem Nutzen für die Seefahrer im Zeitalter der ›Entdeckungen‹, stellte Europa in den Mittelpunkt der Karte; Großbritannien beispielsweise erscheint etwa ebenso groß wie Madagaskar, das in Wirklichkeit mehr als doppelt so groß ist. Die vor einigen Jahren von Arno Peters erstellte orthogonale Erdkarte[3] ist dagegen flächentreu, stellt alle Staaten in einer ihrer tatsächlichen Lage und Größe entsprechenden Weise dar. Es bleibt abzuwarten (und wohl von einem grundsätzlicheren Einstellungswandel abhängig), ob die neue Weltsicht der Peters-Projektion sich durchzusetzen in der Lage ist.

Ein anderes Beispiel von gleicher Aktualität für westliche Vor- und Fehlurteile bilden die verbreiteten Vorstellungen über das Intelligenzniveau von Analphabeten. In wirtschaftspolitischen Betrachtungen wird Analphabetismus stets in einem Atemzug mit Armut und Krankheit genannt, obwohl bisher keine international vergleichenden Untersuchungen über die Intelligenz alphabetischer und analphabetischer Personen oder Personengruppen bekannt sind. Man legt einfach die Bildungsunterschiede im eigenen Land zugrunde und vergleicht den ›nicht-westlichen‹ Analphabeten mit dem zwar schriftkundigen, aber seine Muttersprache grammatikalisch und orthographisch nur mangelhaft beherrschenden Westländer. Dieses Vorgehen ist abwegig. Erstens kann die Intelligenz eines Menschen nur anhand des Kommunikationssystems seiner eigener Kultur gemessen werden; der Afrikaner etwa, der das Medium seines Landes, etwa eine Trommelsprache, perfekt beherrschte, war dem seine Muttersprache nur mangelhaft beherrschenden Europäer überlegen. Und zweitens ist die Beherrschung des Kommunikationsmittels nur einer von vielen Indikatoren für die Höhe und die Beschaffenheit der Intelligenz neben Wahrnehmungsschärfe, Gedächtnis, kritischem Denken.

In den Ländern mit verbreitetem Analphabetismus erhalten die Menschen gedanklichen Anteil an der Kultur ihres Landes durch mündliche Unterweisung. Große Kulturschätze sind über Jahrhunderte ohne schriftliche Fixierung tradiert worden. So ist die buddhistische Zen-Praxis mit ihren hohen Anforderungen an geistige Disziplin in den Tempeln in Japan von Meister zu Schüler nur mündlich weitergegeben worden. Rein gedanklicher Besitz auf der Grundlage einer heute kaum noch vorstellbaren Gedächtniskapazität sowie der Kraft sowohl schöpferischen als auch kritischen Denkens waren jahrhundertelang auch die alttürkischen Märchen, die Elsa Sophia von Kamphoevener schließlich aufzeichnete, als sie infolge der sich in der Türkei durch öffentliche Schulen ausbreitenden Schriftkundigkeit in Vergessenheit zu sinken drohten[4]. Es handelt sich dabei nicht um Kindergeschichten, sondern um aktuelle, gesellschaftspolitisch relevante, oft sehr kritische Beobachtungen in märchenhafter Verkleidung. Der Berufsstand der Märchenerzähler hatte vor allem in unruhigen Zeiten politische Bedeutung.

Wer Analphabetismus mit Krankheit und Armut gleichsetzt, geht von der Annahme aus, daß alle Analphabeten im Un-

terschied zu allen Schriftkundigen nur unzureichend denken und urteilen. Das zeigte sich anläßlich der Wahlen in Indien im März 1977, als deren Konsequenz Indira Gandhi zurücktreten mußte. Durch die deutsche Presse ging ein Staunen darüber, daß die analphabetischen und demnach vermeintlich denkunfähigen indischen Massen Stellung gegen die etablierte Macht genommen, also geurteilt hatten. Umgekehrt läßt man Unterschiede im Denkvermögen westlicher Menschen außer acht. Nicht jeder Schriftkundige ist in der Lage, die Leitartikel der führenden Presse seines Landes zu verstehen. Vielmehr haben diejenigen Tageszeitungen, die mehr bildhaft-anschaulich informieren und das Gefühl ansprechen, höhere Auflagen als solche, die das theoretisch-abstrakte Denken fordern.

Sehr wahrscheinlich ist auch die Annahme irrig, Analphabetismus behindere die technisch-industrielle Entwicklung; denn eine schriftkundige Elite, die die Grundlagen technischer Entwicklung schaffen könnte, ist in den Entwicklungsländern in mehr als ausreichendem Umfang vorhanden, und zur Bedienung von Maschinen bedarf es der praktischen Anleitung, nicht der Schriftkundigkeit. International vergleichende Untersuchungen über die Verläufe der technisch-industriellen Entwicklungen haben erbracht, daß noch 1837 in England, dem Ursprungsland der industriellen Revolution, nur eines von vier oder fünf Kindern in den Großstädten zur Schule ging[5]; vom Land ist gar nicht die Rede. In Europa begann die technisch-industrielle Entwicklung also bei vorherrschendem Analphabetismus. Und die Erfordernisse an Schriftkundigkeit sind im Zeitalter der Computer-Technik durchaus nicht größer. Computer-Mechanismen ersetzen heute ganze Arbeitsgänge, man braucht nur einige Zeichen voneinander unterscheiden zu können, und es ist gleichgültig, ob das Buchstaben, Bilder oder geometrische Figuren sind. Wenn heute westliche Instrukteure in ›nicht-westlichen‹ Ländern beim technischen Anleiten scheitern, dann nicht wegen vermeintlich mangelnder Intelligenz der Analphabeten, sondern aus vielfältigen anderen Gründen, beispielsweise dem Zusammenprall unterschiedlicher Lebenshaltungen, Denkweisen und *Richtungen* der Intelligenz.

Geschichtsbewußtsein

Die gleiche Haltung wie in bezug auf die Gegenwart: wenig Kenntnisse und diese aus unserer kulturspezifisch einseitigen Perspektive gedeutet, praktizieren wir auch in bezug auf die Vergangenheit. Was bedeutete es für die betreffenden Länder, europäische ›Kolonie‹ zu sein?

Indien zum Beispiel war noch vor wenigen Jahrhunderten trotz vorhergegangener Kriege gegen Mogul-Eroberer aus dem Norden ein reiches Land mit blühendem Handwerk und Handel und mit einer intakten Gesellschaftsstruktur. So war es für die europäischen Eroberer und Abenteurer der beginnenden Kolonialepoche attraktiv. Spätestens vom 16. Jahrhundert an bemühten sich portugiesische, französische, englische Kräfte um das Land, das an europäischen Verhältnissen gemessen ein Kontinent ist. Es waren durchaus nicht, wie man heute vielfach meint, nur Handelsleute und Missionare, die in Indien zu wirken begannen, sondern die europäischen Mächte verwickelten sich in Indien sowohl mit einheimischen Herrschern als auch untereinander in militärische Auseinandersetzungen. Die Portugiesen wurden als erste aus dem Feld geschlagen, und in der Mitte des 18. Jahrhunderts entschieden drei ausgedehnte Kriege über die englische Vorherrschaft gegenüber der französischen.

Die englische Ostindiengesellschaft, die im Westen noch oft als reines Wirtschaftsunternehmen angesehen wird, war spätestens mit der Schlacht von Plassy 1757 als eine territoriale Macht in Indien etabliert. Mittels fortgesetzter militärischer Eroberungen, die zunehmend durch politische Maßnahmen unterstützt wurden, gewann die Ostindiengesellschaft so sehr an Macht und Einfluß, daß ihr schließlich im Jahr 1834 von der britischen Regierung die Auflage gemacht wurde, »sich aller kommerziellen Tätigkeit zu enthalten« und nur noch als »Verwaltung und Regierung Indiens zu fungieren«[6]. Zwanzig Jahre später übernahm die englische Krone selbst die Regierung und bediente sich des von der Ostindiengesellschaft geschaffenen Verwaltungsapparats.

Die englischen Kaufleute betrieben ihren Handel nun in privater Einzelinitiative weiter, steuerlich begünstigt durch die von ihrer Regierung geschaffenen Regelungen. Sie durften zollfrei Handel treiben, während die indischen Kaufleute an den innerindischen Grenzen Zölle entrichten mußten. Im Jahr 1835 wurden von dieser Regelung neben den Erzeugnissen der alten indischen Webindustrie 235 indische Artikel betroffen. Dadurch und durch die England begünstigende Zollpolitik beim Ex- und Import zwischen England und Indien wurden in Indien hergestellte Waren in Indien teurer als aus England importierte. Außerdem wurden den traditionellen indischen Einrichtungen Investitionen vorenthalten; Webern wurde schließlich überhaupt verboten, für indische Unternehmer zu arbeiten. Den indischen Kaufleuten und dem indischen Handwerk wurde so innerhalb kurzer Zeit der Boden in ihrem eigenen Land entzogen.

Parallel mit der Ausschaltung des einheimischen Handwerks und Handels wurde eine Agrarpolitik betrieben, deren Ziel die Erlangung größtmöglicher staatlicher Einnahmen war. Die Steuer- und Pachthöhen betrugen 80 bis 90 Prozent des Ertrages[7]. England hat durch seine koloniale Agrar-, Handels- und allgemeine Wirtschaftspolitik über mindestens zwei Jahrhunderte jährlich Millionen Pfund Sterling aus Indien abgezogen, eine Tatseche, die als ›Economic Drain‹ in die indische Geschichte eingegangen ist. Die Folgen für Indien waren zerstörerisch in mehr als einer Hinsicht. Bei schlechten Ernten gerieten die Bauern in Schuld, die sie nie mehr abtragen konnten. Oft war ihr Land, ihr Vieh, schon der Samen für die nächste Saat verpfändet. Und da der Austausch zwischen innerindischen Provinzen durch die Zollpolitik der Ostindiengesellschaft zum Erliegen gekommen war, entstanden in Zeiten der Dürre in einer Region Hungersnöte, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen. Bebautes Land verfiel, wurde je nach Bodenbeschaffenheit entweder zur Öde oder in späteren Regenzeiten vom Dschungel überwuchert.

So wie Menschen und Land litten durch die fremden Eingriffe auch die traditionellen Ordnungen: Kern der indischen Gesellschaftsstruktur waren über Jahrtausende die Dorfgemeinschaften. Sie wurden auch von englischen Kolonialbeamten »kleine Republiken« genannt, die »fast alles, was sie brauchen, innerhalb ihrer selbst besitzen«[8]. Die Dorfgemeinschaften waren Selbstverwaltungseinheiten mit einem Ordnungssystem, an dessen Funktionieren jedes einzelne Mitglied seinen Anteil hatte. Alle für die Erfordernisse dieser Gesellschaftsstruktur notwendigen Berufe waren im einzelnen Dorf vertreten, vom Priester über den Arzt und den Lehrer bis zu den Handwerkern und den Künstlern. Im Zentrum stand der Bauer: die Ernte wurde nach bestimmten Prinzipien an die Mitglieder der Dorfgemeinschaft verteilt, bevor auch der Zemindar (mit wesentlichen Einschränkungen: ein ›Feudalherr‹) seinen Anteil bekam. Die Dorfgemeinschaft war praktisch autonom, sie war ›demokratisch‹ und ›sozialistisch‹, ohne daß man diese Begriffe kannte. In ihr war Wirklichkeit, was Fritz Kramer in dem Sammelband ›Gesellschaften ohne Staat‹ über die Möglichkeit des Funktionierens einer Gesellschaft ohne hierarchische Struktur schreibt[9]. In dieser Form überdauerten die Dorfgemeinschaften jahrtausendelang unbeeinträchtigt den Wechsel der Regierungen. Dynastie auf Dynastie stürzt, schreibt ein englischer Kolonialbeamter 1830[10], Revolution folgt Revolution, Hindu, Mogul, Mahratta, Sikh und andere lösen einander als Herrscher ab, aber die Dorfgemeinschaften bleiben dieselben.

Erst die englischen Herrscher zerstörten diese alte Ordnung, indem sie nicht nur die Höhe der Steuerabgaben, sondern auch das System der Steuerfestsetzung und -erhebung radikal änderten. Die Bedürfnisse der Mitglieder der Dorfgemeinschaft, die angemessene Bearbeitung des Bodens, die Instandhaltung von Bewässerungsanlagen und damit die Zukunft der Landwirtschaft blieben unberücksichtigt. Die Struktur der Dorfgemeinschaft wurde ignoriert, der geringste Beamte der fremdherrschaftlichen Verwaltung hatte mehr Machtbefugnisse als das geachtetste Mitglied der einheimischen Gesellschaft. Systematisch wurde die traditionelle indische Gesellschaftsstruktur zerbrochen.

In einem seltsamen historischen Verdrängungsprozeß hat Europa jene Tatsachen vergessen oder umgedeutet. Lange vor Marx haben englische Kolonialbeamte die Motive der Kolonialpolitik gesehen und öffentlich beim Namen genannt. Man kannte damals die Praktiken, Ziele und Auswirkungen der englischen Opium-Gewinnung in Indien und des erzwungenen Opium-Exports nach China; heute werden die Opium-Kriege 1840—42 und Ereignisse wie der Boxeraufstand nicht selten mißdeutet. Damals kam ein englischer Pfarrer in Kalkutta ins Gefängnis, weil er das Drama eines indischen Dichters über die gewaltsame Übernahme der indischen Indigo-Produktion durch englische Unternehmer ins Englische übersetzte (›The Mirror of Indigo‹); heute weiß wahrscheinlich kaum jemand im Westen etwas über die Geschichte der Farbe Blau. Man meint auch, der Schwarze Tee sei etwas Asiatisches, und weiß nicht mehr, daß die Teeplantagen in Indien von Europäern für Europäer angelegt und daß indische Arbeiter dafür wie Sklaven gedungen wurden. Es hätte den indischen ›Teesklaven‹ nichts genützt, wenn sie schriftkundig gewesen wären; erstens hätten sie eine Fremdsprache, Englisch, beherrschen müssen, um die Verträge lesen zu können, und zweitens wurden sie ohnehin zur Einwilligung gezwungen, so durch Androhung von Prügelstrafen. Kaum jemand im Westen scheint auch noch zu wissen, warum Mahatma Gandhi 1930 jenen tragischen, schweigenden und unbewaffneten Protestmarsch leitete und am Meeresstrand Salz aufhob: er brach in einer symbolischen Handlung die britischen Salzgesetze, die den Indern jahrhundertelang bei Strafe verboten hatten, das in ihrem Land reichlich vorhandene Salz billig selbst zu gewinnen.

Ohne Kenntnis der Geschichte deuten wir die Gegenwart falsch. Der heutige Zustand Indiens, in dem es zum Beispiel keinen Mittelstand gibt, ist nicht der Urzustand des Landes, sondern das Ergebnis jahrhundertelanger Fremdherrschaft, das heißt das Ergebnis gewaltsamer Eingriffe einer kulturfremden Macht in ein autochthones Ordnungsgefüge. Der traditionellen einheimischen Struktur wurde unter Anwendung von Gewalt eine künstliche Fremdstruktur aufgepfropft, die sich indischer Materialien bediente, aber den indischen Menschen ausschaltete. Gut ging es darin nur solchen Einheimischen, die mit den Fremdherrschern kollaborierten und damit am einheimischen Maßstab gemessen Verräter waren.

Unterschiedliche Perspektiven

Auf Grund der unterschiedlichen historischen und kulturellen Erfahrungen *muß* die Perspektive der Staaten der Dritten Welt, des ›Südens‹, eine andere sein als die Perspektive der Staaten des ›Nordens‹. Und die Perspektive des Südens hat gegenüber der des Nordens sachliche Vorteile: die Völker des Südens wissen mehr über die Kulturen des Nordens als umgekehrt. Sie haben Vorgänge der Geschichte an sich selbst erfahren, die der Allgemeinheit des Nordens unbekannt sind. In der Gegenwart studieren unvergleichlich viel mehr Asiaten, Afrikaner, Lateinamerikaner in nördlichen Ländern als Westeuropäer und Nordamerikaner im weltpolitischen Süden; außerdem lesen südliche Journalisten in den verschiedenen Ländern Europas die einheimischen Landeszeitungen im jeweiligen Original — im Gegensatz zur Mehrzahl der westeuropäischen Journalisten im Süden. Zumindest die Führungsschichten der Völker des Südens haben also, über eine breitere sachliche Informiertheit hinaus, noch einen weiteren Vorteil: sie kennen *beide* Perspektiven, sowohl ihre eigene als auch die des Nordens.

Unter Einbeziehung dieser historisch-kulturellen Weltwirklichkeit ist der Kampf der Dritten Welt um objektive internationale Berichterstattung keine bloße Frage von ›Pressefreiheit‹ mehr — er ist vielmehr Bestandteil eines Kampfes um Selbstverwirklichung, der an historischer Bedeutung dem politischen Kampf um Unabhängigkeit, den die ehemaligen Kolonien und heutigen Entwicklungsländer nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewannen, gleichkommt. Nicht die Pressefreiheit oder ihre angebliche totalitäre Einschränkung stehen zur Debatte, nicht Streitigkeiten, die zwischen dem Westen und dem Osten ausgefochten werden, sondern die Völker des Südens fordern die Berücksichtigung *ihrer* Perspektive durch den Norden. Noch beherrscht, so erklären sie beispielsweise im Zusammenhang mit den Debatten um die Mediendeklaration der UNESCO[11], die subjektive Perspektive des Nordens die internationale Berichterstattung, und südliche Intellektuelle wie der an der Universität Nairobi lehrende ugandische Literaturprofessor Taban lo Liyong sprechen deshalb von einem »Informationskolonialismus«[12].

Der Norden praktiziert eine Haltung, die mit einem Lächeln überlegenen Verzeihens den alten Chinesen zugeschrieben worden ist, die angeblich alle anderen Völker für Barbaren hielten: er hält seine Zivilisationsform für die höchste Stufe der Menschheitsentwicklung. Was ist dabei sein Maßstab? Das lateinische Alphabet, die römischen und die arabischen Zahlen, die momentane materielle Situation west- (nicht süd- oder ost-) europäischer Industrienationen und der erfolgreichen Schichten Nordamerikas (nicht seiner Slums)?

Es ist schwer zu bestimmen, welche Kulturepoche repräsentativ für ›das Abendland‹ ist, nur so viel ist sicher: sogar an eigenen abendländischen Maßstäben gemessen ist die gegenwärtige nördliche Industriezivilisation nur eine Variante der Weltgeschichte. Dazu kommt, daß diese nördliche Industriezivilisation in sich gespalten ist, nämlich in ›Westen‹ und ›Osten‹. Beide scheinen sich dessen nicht bewußt zu sein, daß sie gemeinsam zum Norden gehören; beide wollen, mit dem gleichen Überlegenheitsanspruch, den Süden belehren. Dem Süden aber geht es, wie die anfangs zitierten Sprecher der Indianer in Genf erklärten, nicht um ›westliche‹ oder ›östliche‹ Denk- und Lebensweisen, sondern natürlicherweise um die Entfaltung der eigenen.

Anmerkungen

1 K. Waldheim, Der schwierigste Job der Welt, Wien—München—Zürich—Innsbruck 1978, S.165.
2 Siehe den Bericht über die 20. Generalkonferenz der UNESCO, VN1/1979 S.30f., sowie den Text der UNESCO-Mediendeklaration, VN1/1979 S.36f. — Die grundsätzliche Berechtigung der Kritik an der Darstellung ›außereuropäischer‹ Gesellschaften oder Ereignisse in Schulbüchern oder generell in den Medien wird in der Fachöffentlichkeit kaum noch in Frage gestellt. Das ändert allerdings nichts am zähen Fortleben z. B. des journalistischen ›Tam-Tam-Syndroms‹ in der Berichterstattung über Afrika, wie es Margareth Hammer jüngst für ein deutsches Nachrichtenmagazin belegt hat: M. Hammer, Rassismus im deutschen Blätterbusch, epd-Entwicklungspolitik, Nr.4/1979.
3 A. Kaiser, Die Peters-Projektion, Kartographische Nachrichten, 24.Jg. (1974) H.1.
4 Deutsch: Hamburg 1956.
5 R. Dore, Education in Tokugawa-Japan, Los Angeles 1965.
6 R. Dutt, The Economic History of India, Vol.I: Under Early British Rule 1757—1837, London 1903; Vol.II: In the Victorian Age 1837—1900, London 1906. Zitiert: Vol.I, S. 276.
7 Siehe zum Vergleich mit Japan E. H. Norman, Japan's Emergence as a Modern State, New York 1940.
8 I. Y. Wendt, Japanische Dynamik und indische Stagnation? Eine Antwort auf theoretische Entwicklungsmodelle, Darmstadt 1978, S.116.
9 F. Kramer/C. Sigrist (Hrsg), Gesellschaften ohne Staat. Band 1: Gleichheit und Gegenseitigkeit, Frankfurt 1978, Vorwort.
10 Vgl. Wendt (Anm.8), S.117.
11 Vgl. Anm.2.
12 Der Spiegel, Nr.45/1978 v. 6.11.1978, S.166.